

Breslauer Zeitung.



Wochentäglicher Sonnentagskreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb und
Bord 2 Thlr. 11 $\frac{1}{2}$ Gr. Infektionsgebühr für den Raum einer
fünfhundertigen Zeile in Zeitung 1 $\frac{1}{2}$ Gr.

Nr. 290. Mittag-Ausgabe.

Sechzehntausender Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Zeitung.

Redaktion: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
Anstalten Lieferungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einsam, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Sonnabend, den 24. Juni 1865.

Preußen.

Berlin, 23. Juni. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allgemein geruht: Den früheren königlich italienischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister zu Berlin, Grafen de Launay-Hallwyl, den königl. Kronenorden 1. Klasse mit dem Emaille-Bande des rothen Adlerordens, ferner dem praktischen Arzte Dr. Raabe in Quedlinburg und dem Kreis-Psykologen Dr. Hoffmann in Glogau den Charakter als Sanitätsrat zu verleihen.

Berlin, 23. Juni. [Se. k. H. der Kronprinz] begab sich, nach weiteren Mittheilungen aus Stettin, am 20. nach Höchstheimer Rückkehr von den Schießübungen der Landwehr-Artillerie um 2 $\frac{1}{2}$ Uhr nach der Artillerie-Kaserne zu einem gemeinsamen Mittageessen der Offiziere der Garnison, an welchem sich nicht nur die zur Übung eingezogenen Offiziere des Garde-Landwehr-Bataillons und des Landwehr-Bataillons Stettin, sondern auch mehrere der beurlaubten Landwehr-Offiziere beteiligten. Gleich nach Esse fuhr Se. Königl. Hoheit mit Extravest nach Garz, besichtigte auf dem dortigen Exerzierplatz die reitende Abtheilung des Pommerschen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 2 und traf Abends 10 Uhr wieder in Stettin ein. (St.-A.)

[Die Verhandlungen zwischen Wien und Berlin.] Das „Dresd. Journ.“ bringt eine wiener Correspondenz über den Stand der Verhandlungen zwischen Wien und Berlin in der Herzogthümmer-Angelegenheit, in welcher es heißt: Die verschiedenartigsten Beschwerden, welche Preußen gegen Herrn v. Halbbhuber in ununterbrochener Reihenfolge cumulirt, sind von dem diesseitigen Cabinet mit dem Ersuchen zurückgewiesen worden, das Gebiet dieser und ähnlicher Recriminationen thunlich zu vermeiden, da man es dieseits, was man bisher unterlassen, ebenfalls zu betreten Veranlassung haben würde. Herr v. Halbbhuber für seine Person soll übrigens wiederholt den aufrichtigen Wunsch zu erkennen gegeben haben, von seinen undankbaren Obliegenheiten entbunden zu werden; bis zu dieser Höhe von Gefälligkeit gegen Preußen hat man sich jedoch hier noch nicht emporgeschwungen.

[Zur holsteinischen Frage.] Die „Constitutionelle Oesterreichische Zeitung“ bringt „von beachtenswerther Seite“ einen Bericht aus Coburg vom 18. Juni über die Unterredung, welche der Erbprinz von Augustenburg im Sommer 1864 mit Hrn. v. Bismarck gehabt hat. Es heißt darin: „Herr v. Bismarck, von welchem die Initiative zu dieser Besprechung ausging, suchte schon damals den „Herzog“ von der Notwendigkeit zu überzeugen, an Preußen diejenigen Concessions zu machen, welche in der bekannten Note vom 22. Februar d. J. präcis sind. Der Herzog gab im Allgemeinen zu, daß Preußen eine bevorzugte Stellung erlangen müsse, wie dies die beiderseitigen Interessen erfordern, erklärte sich jedoch außer Stande, bindende Engagements einzugeben, und zwar aus zwei Gründen: 1) weil er sich zu nichts verpflichten könne ohne die Zustimmung Oesterreichs, dem das Land doch eben so viel Dank schulde, wie Preußen, und 2) weil jedes Engagement ohne Gültigkeit sei, so lange nicht die Stände demselben beitreten. Im Verein mit Oesterreich und den Ständen sei er gern bereit, Preußen entsprechende Concessions zu machen. Mehr habe der Herzog nicht gesagt, und bei seinem Charakter sei nicht wohl anzunehmen, daß er sich in einer Preußen verleidenden Weise geäußert habe.“

Unzweifelhaft — fügt die „Kreuztg.“ hinzu — soll dies andeuten, daß der Erbprinz damals die famose Neußerung nicht gethan habe, die Preußen hätten lieber nicht nach Holstein kommen sollen. Auf solche Andeutungen ist aber einfach Folgendes zu erwideren. Was der Erbprinz nach dieser Richtung hin geäußert, darüber hat Hr. v. Bismarck sich persönlich in der Kammer, also vor unbedingtester Öffentlichkeit, ausgesprochen.

[Eine Neußerung Boeck's.] Nach der „Rhein. Ztg.“ hat der große Philologe Boeck in diesen Tagen zu seinem Schwiegersohn Gneist gesagt: „Dass Sie und Lette zum Landtagschluss auf dem weißen Saale waren, hat mich recht gefreut; und daß die übrigen Abgeordneten alle nicht dort waren, das hat mich aber noch mehr gefreut.“

[Gegen Herrn Schramm] ist in der vom Abg. Roggen erhobenen Verleumdungsklage auf den 30. d. M. Termin zur Klagebeantwortung angezeigt. Herr Schramm ist mit der Absaffung derselben beschäftigt. Zur mündlichen Verhandlung wird er aber nicht erscheinen, weil er nunmehr seine Stelle als General-Consul in Mailand wirklich antreten will.

[Zum Handelsvertrage mit Italien] schreibt die „Nordd. A. Z.“: Wir haben bereits hervorgehoben, daß viele Waaren des Zollvereins von den italienischen Märkten in Folge der großen Vortheile, welche den Industrie-Erzeugnissen der meistbegünstigten Nationen gewährt werden, ausgeschlossen sind. Ist aber einmal ein deutscher Absatzweig in andere Hände übergegangen, hat derselbe sich auf den italienischen Märkten eingebürgert, so täusche man sich in Süddeutschland nur nicht mit der Hoffnung, daß durch die spätere Vereinbarung eines Handelsvertrages mit Italien der frühere Absatz einfach wieder hergestellt werden könnte. Es würde sich dann um die Wiedereroberung eines verloren gegangenen Marktes handeln. Also gegenwärtig Verluste durch Absperrung des Marktes und künftig keine Gewinnheit, das verloren gegangene Terrain anders wieder zu gewinnen, als durch eine gefährliche und jedenfalls opferreiche Concurrenz.

[Keine Pässe mehr in Nordamerika.] Aus Washington wird offiziell berichtet, daß bei dem Eintritt in das Gebiet der Vereinigten Staaten Nordamerikas keine Pässe mehr abverlangt werden sollen und die Pashordre vom 17. Dezember vollständig aufgehoben ist.

[Das Urtheil gegen Dr. Jacoby.] Das königliche Ober-Tribunal verhandelte heut den Prozeß gegen den Abg. Dr. Johann Jacoby und Genossen (Rédacteur Wacker n. a.) in der Nichtigkeits-Instanz. Die Angeklagten hatten gegen das sie in zweiter Instanz zu 6 resp. 4 Monaten Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung resp. Theilnahme an derselben verurtheilende Erkenntniß die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt. Der Termin zur Verhandlung der Sache war bald nach 9 Uhr anberaumt, kam jedoch, da der Verteidiger der Angeklagten, Justizrat Dorn, anderweitig beschäftigt war, erst um 1 $\frac{1}{2}$ Uhr zur Verhandlung. Der Ober-Staats-Anwalt beantragte Abschluß der Öffentlichkeit; der Gerichtshof zog sich zur Beratung zurück und erkannte diesem Antrage gemäß. — Dem Vernehmten nach hat der Gerichtshof später die Nichtigkeitsbeschwerde verworfen.

Danzig, 22. Juni. [Marine.] Sr. Majestät Briggs „Nov“ und „Musquito“ haben bereits Proviant eingenommen und werden Anfangs künftiger Woche unseren Hafen verlassen, um zunächst

im Kieler Hafen mit den neu eingestellten Schiffsgespannen mehrwöchentliche Exercitübung abzuhalten. Heute Morgen wurden die 1. und 3. Compagnie des königlichen Seebataillons am Johannissthore in einem Dampfer eingeschifft und an Bord Sr. Majestät Corvette „Vimeta“ gebracht, um nach Kiel bez. Friedrichsort überzustedeln. (Westpr. 3.)

Danzig, 22. Juni. [Auflösung einer Versammlung.]

Die gestrige seitens des Vereins der Liberalen im Schützenhaus anberaumte Versammlung, welche überaus zahlreich besucht war, wurde im Laufe der Verhandlung über die Duell-Angelegenheit von dem Polizei-Commissionarius Göriz aufgelöst. — Dem Bericht der „Danz. Z.“ folgte hatte Herr Maurermeister Leopold vorgeschlagen, ein Gesuch an den König zu richten, derselbe wolle die betreffenden Behörden anweisen, zu untersuchen, inwieweit der Herr Minister-Präsident gegen das Gesetz in Betreff des Duells gehandelt habe. Nachdem der Schornsteinfegermeister Koch diesen Vorschlag befürwortet, trat Herr Polizei-Commissionarius Göriz an den Vorstehenden und theilte demselben mit, daß er die Versammlung wegen einiger verleidenden Neuerungen, welche Herr Koch gegen den Herrn Minister-Präsidenten gehabt habe, auflösen müsse. Herr Göriz betrat die Tribüne und schien einige Worte zu sprechen. Als von mehreren Seiten der Ruf: „Lauter, lauter!“ erscholl, erklärte Herr Göriz: „Da ich nicht zum Worte kommen kann, löse ich hiermit die Versammlung auf.“ Auf Aufforderung des Vorstehenden, Kaufmann Biber, verließen die Anwesenden alsdann ruhig den Saal.

Gumbinnen, 22. Juni. [Vocum-Dolfs. — Frenzel.] Wie wir hören, wird der Ober-Regierungsrath v. Vocum-Dolfs nicht mehr hierher zurückkehren, da er seine Pensionierung zum 1. Juli nachgesucht hat. — Unser Abgeordneter Frenzel ist am Dienstag zurückgekehrt. — Es erwartet ihn zunächst eine zweimonatliche Gefängnisstrafe, zu der er nunmehr wegen Churfürstverlezung gegen den König rechtskräftig verurtheilt ist. (Pr. Litt. 3.)

Trier, 21. Juni. [Luxemburg und der Zollverein.] Die „Tr. Ztg.“ schreibt: „Das Verbleiben des Großherzogthums Luxemburg im deutschen Zollverein ist geregelt. Die von Seiten der luxemburgischen Regierung nach Berlin gesandten zwei Bevollmächtigten sind vor einigen Tagen zurückgekehrt und sollen ein befriedigendes Resultat erzielt haben. Luxemburg hat Bestimmungen, welche seine kleineren Braamtwein-Brennereien schützen, den Fortzug seiner aus einem Vertrage vom Jahre 1858 resultierenden Einnahmen aus der Uebergangs-Abgabe und ein erweitertes Recht bei der Ernennung der Zollbeamten erlangt.“

Deutschland.

Frankfurt a. M., 22. Juni. [Vom Bundestag.] In der heutigen, regelmäßigen Bundestags-Sitzung legte Präsidium eine Note der spanischen Regierung vor, worin der hohen Versammlung bekannt gegeben wird, daß die Incorporation St. Domingos mit dem Königreich Spanien aufgehört hat zu bestehen. Sodann wurde vom volkswirthschaftlichen Ausschuß beantragt und von der Versammlung genehmigt, daß die Sachverständigen-Versammlung zur Feststellung der Normen für gleiches Maß und Gewicht zum 20. Juli hierher berufen werde. Der Antrag wurde von 12 Stimmen gegen 4 (Bayern, Württemberg, Kurhessen und Oldenburg, welche sich das Protokoll offen hielten) zum Beschluss erhoben. Ferner wurde genehmigt, daß das hiesige preußische 30. Infanterie-Regiment zu den großen Herbstdisziplinen auftrate, und daß zeitweise ein Bataillon des 32. Regiments aus Mainz hier einsätze. Ebenso wurde genehmigt, daß die hiesige preußische und österreichische Artillerie zu gemeinschaftlichen Schießübungen australle, so wie auch, daß die Artillerie der Bundesfestung Luxemburg zu Schießübungen gelange. Ein Gesuch des ehemaligen Marine-Lieutenants Reichard um Unterstützung wurde abgewiesen. — Die von hiesigen Blättern verbreitete Nachricht, daß im Juli und August die Bundesversammlung Jahresferten halten werde, ist noch zweifelhaft.

Aus Wiesbaden, 21. Juni. [Großmacht-Gefühl bei der Waterlooseiter.] Der „Voss. Z.“ wird geschrieben: Unsere nassauischen Serviten redeten bisher von einer „nassauischen“ Nationalhymne; von einem nassauischen „Voll“; von einer nassauischen „Geschichte“ — seit dem 18ten Juni spricht man auch althier von einem „Kriegsherrn“; von einer nassauischen Kriegsgeschichte; von einem durch den „Dichter“ Heinrich Dreher um „Nassau-Fahn“ genutzten „Lorber“. — Das einige tausend Nassauer im Heere Wellingtons bei Waterloo mitgesuchten, konnte man mit aller Bequemlichkeit und namentlich unter Linderung der Not der Armen unter den Veteranen in Erinnerung bringen. Aber — dies Selbstbewußtsein und dies Macht- und Kraftgefühl, welches sich am 18. Juni hier entwidete — nun ich wollte, Sie hätten es aus nächster Nähe beobachten können. Weder in Hannover und Braunschweig, noch in Preußen gab es eine offizielle oder militärische Waterlooseiter — wohl aber in unserem Duodezstaat mit seinen 85.000 Meilen und „seiner Nationalhymne“. Ein Denkmal, ein statlicher Obelisk! — 650 Veteranen darunter auch der „große Heinrich“, der leider schon im Jahre 1848 in der Paulskirche sich als richtiger „Veteran“ bewährt hat; eine Theater-Fest-Vorstellung mit einem „Festgedicht“ des genannten in Nassau hochgefürsteten Dichters: Heinrich Dreher; Deputationen aller Militär-Abteilungen, „amtlicher“ Garnisonen; ein Gesang-Verein mit einem Choral; Ansprachen des evangelischen Ober-Hofpredigers Dilthey und des katholischen Delans Weiland; zündende Worte des Gouverneurs von Breidbach-Bürrenheim; eine Rede des Bürgermeisters; Absingung der Nationalhymne und endlich Entblättung des Obelisken! — batte all' dies nicht den richtigen Großmacht-Zuschnitt? Vom Festplatz verfügten sich die Veteranen in das Schloß, wo sie als Gäste ihres von dem lokalen Wilburg herbeigeseilten „Herzogs und Kriegsherrn“ bewirthet wurden. Hier feierte die Anprache des Herzogs. Er sprach: „Möge es uns gelingen, Euren alten Lorbern noch neue hinzuzufügen; dieser Wunsch steht hoch und heilig in meinem Herzen.“ Mit Staunen und indem ich mich fragt, ob denn seit Waterloo das deutsche Volk wirklich um 50 Jahre älter geworden, betrachtete ich mit das ganze Treiben in hiesiger Stadt — von früh ab — und immer lang mit ein Lied in den Ohren, welches die nassauischen Soldaten stellenweise sangen — und in dem eine charakteristische Strophe mit den Worten schließt: „und hältst Du mit Nassau den Frieden gemacht, so wärest Du Kaiser gebissen.“ Was nur der Mann in den Tuilerien zu dieser grandiosen Feier der Nassauer sagen wird: ob er wohl seine Legionen verstärkt wird? Nun — vielleicht erinnert er sich daran, daß der Großvater des heutigen Herzogs neben dem König von Sachsen für einen der treuesten Anhänger Napoleons I. galt; und daß zur Zeit des Rheinbunds weit mehr Nassauer — zumal in Spanien — für als gegen Frankreich fochten. Erst nach der Schlacht bei Leipzig sagte sich der Großvater unseres heutigen Freiherrn vom Stein gegangen wäre, so wäre das Ländchen Nassau dadurch aus der Reihe der „elbstständigen“ Staaten ausgelöscht worden. Strebt übrigens der heutige Herzog so sehr nach Lorber — so kann er solche, da er auch preußischer General ist, weit eher an der Spitze eines preußischen Corps erlangen, wie als Commandant der 2. nassauischen Linien-Infanterie-Regimenter, der 480 Artilleuristen und 64 Pioniere.

Kiel, 21. Juni. [Die Kampfgenossen-Vereine.] Seit einer Zeit haben bekanntlich auch die Kampfgenossen-Vereine sich an den politischen Parteidienst betheiligt, welche sie bis dahin den schleswig-holsteinischen Vereinen überlassen hatten. Der Vorort der Kampfgenossen-Vereine hat nämlich von Altona aus eine Erklärung gegen die „sogenannten Nationalen“ erlassen und die übrigen Kampfgenossen-Vereine aufgefordert, dieser Erklärung beizutreten. Das ist denn auch bereits von einer größeren Zahl von Kampfgenossen-Vereinen, u. a.

von dem Kieler geschehen. Da nun das Statut des hiesigen Kampfgenossen-Vereins als Zweck derselben nur aussieht: „Förderung des Zusammenhangs früherer Kriegskameraden; Unterstüzung nottheilender würdiger Kameraden, event. Förderung der Organisation einer kieler Bürgerwehr“, so haben sich fünf (bereits genannte) Mitglieder veranlaß gefunden, folgendes Schreiben an den Vorstand zu richten: „Da der Verein im stricten Gegensatz zu den Statuten sich den vom derzeitigen Vorort dictirten politischen Demonstrationen angeschlossen hat, so zeigen wir unsern Austritt an.“ Lebzigens scheint es, daß der Vorstand des hiesigen Kampfgenossen-Vereins selbst in dem Vorgehen des Vorortes wenigstens nach einer Seite hin etwas Ungehöriges gefunden hat, da wohl ein Schreiben des Vorstandes an den Vorort hiermit in Beziehung steht, nach welchem derselbe aufgefordert wird, ähnliche Vorschläge nicht eher an die Öffentlichkeit zu bringen, als bis sie die Zustimmung der Vereine gefunden haben. (H. N.)

Oesterreich.

Prag, 21. Juni. [Die Civil-Che als Grund zur Landesverweisung.] Der „Brawn“ theilt einen Fall mit, in welchem die Civil-Che als Grund zur Landesverweisung geltend gemacht werden sollte. Ein Müller in Borel ließ sich von seiner Gattin scheiden, verpachtete seine Mühle, zog mit einem Mädchen nach Preußisch-Schlesien, trat daselbst von der katholischen zur evangelischen Kirche über, erwarb sich dort die Gemeine-Abteiglichkeit, schloß mit jenem Mädchen eine Civil-Che, und kehrte nach einigen Jahren mit einer zweiten Gattin, mit den gebürtigen Legitimationen bei, in seine Mühle nach Borel zurück. Auf Anregung des Pfarrers erhielt nun eines Tages der Müller den bebirldlichen Auftrag, binn ein Woden Borel zu verlassen, und in seine Heimatgemeinde zu ziehen, weil die (erste) Gattin desselben noch am Leben sei, die Civil-Che in Oesterreich keine Gültigkeite habe, und der Parargemeinde Vergerniß gebe. Der Müller drohte gegen den Ausweisungs-Auftrag die Berufung bei der Statthalterei ein, und dagegen stand der Berufung statt, weil er eine in Preußen gültige Che abgeschlossen habe, als preußischer Staatsangehöriger zu betrachten sei, und dessen Enthalt in Borel, so lange kein gegen ihn gerichteter Beschluss der Gemeindevertretung im Jahre 1849 — und er mit einer gültigen Reise-Legitimation versehen —, keinen Anlaß gebe.

Italien.

Florenz, 21. Juni. [Die Verhandlungen zwischen Italien und dem Papst. — Umschwung in Rom.] Der Papst will nur eine solle Eidesformel annehmen, in welcher die Rechte innerer zeitlichen Gewalt ausdrücklich gewahrt werden. Die italienische Regierung ihrerseits glaubte, das Neuerste zu zugestanden zu haben, indem sie von den Bischöfen nichts verlangte, als Gelobung der Treue für den gegenwärtigen Herrscher und Gehorsam gegen die Gesetze des Landes. Begegzt soll sogar vorgeschlagen haben, daß in der schriftlich abzufassenden Vereinbarung die vom Papste gewünschten Einsprüche angewendet werden könnten. Was die Rückberufung des Erzbischofs von Neapel (Card. Mario-Sforza) und des Erzbischofs von Fermo (Cardinal de Angelis) betrifft, so will man sich schließlich auch verständigt haben, da, wie ich Ihnen gemeint habe, die Regierung in allen anderen Punkten sich als sehr nachgewiesen hat. Allerdings würde Kardinal Mario-Sforza in Neapel einen schweren Stand haben und möglicher Weise für die Regierung compromittirende Ereignisse herbeiführen. Ob, wie man sich heute hierzulässt, Begeggi sogar eingewilligt habe, über die Bistümmer außerhalb der ehemals päpstlichen Provinzen zu unterhandeln und die Frage der Bischöfslinie in den Marken bei Seite zu lassen, vermöge ich nicht zu bestimmen. Der Einfluß Oesterreichs hat sich hier neuerdings möglichst gezeigt. Herr v. Merode scheint wieder obenauf zu sein und der Kardinal Antonelli in den Schatten gestellt.

Frankreich.

* Paris, 21. Juni. [Die Arbeitseinstellung der Kutschers] dauert fort, und die Gesellschaft, welche das Monopol hat, die Pariser zu fahren, macht Anstalt, gegen die erhobenen Ansprüche aus allen Kräften zu Felde zu ziehen. Die Direction wirbt Rosselenker in allen Gegenden Frankreichs, und auch in Paris sind Anschläge veröffentlicht, welche Federmann, der ein Ross zu fahren sich untersagt, Arbeit versprechen. In der That sind schon 1500 Wagen der Gesellschaft wieder in Umlauf gesetzt. Das Publikum, das bei dieser Gelegenheit von der monoplistischen Gesellschaft loszukommen hoffte, behandelt die neuen Kutscher, welche zum Theil ungeschickte junge Burschen sind, mit wenig Sympathie, und die meisten derselben, wenn man sie auch nimmt, erhalten kein Trinkgeld, da Herr Ducourtois so taktlos war, in seinem Anschlagzettel außer den 3 Francs Lohn, auch noch das Trinkgeld, was das Publikum freiwillig giebt, als einen Theil ihres Lohnes aufzustellen. Gestern und auch heute wurden Verhaftungen von solchen Kutschern vorgenommen, welche die in den Straßen herumfahrenden neuen Kutschter der Gesellschaft beschimpften; namentlich kam es auf dem Börsenplatz zu einer lebhaften Scene. An vielen Orten zwang man Dienstigen, welche Fächer genommen hatten, auszusteigen, und hielt auf die neuen Kutscher ein, bis es ihnen gelang, sich aus dem Staube zu machen. Die Polizei-Agenten, welche ziemlich zahlreich anwesend waren, verhielten sich diesem Treiben gegenüber ruhig, obgleich gegen Wendl die Stadt Paris ein ziemlich buntes Aussehen gewonnen hatte. Überall fanden die heftigsten Debatten statt, düstere Gerüchte circulierten, und gegen Mitternacht hielt es sogar, der Faubourg Saint Antoine habe sich erhoben und man bauje daselbst Barrikaden. Dasselbe war aber nicht begründet. Die Regierung habe Unrecht gehabt, nicht sofort, wie sie es konnte, das Monopol abzuschaffen. Alle Welt hätte ihr dann Beifall gezollt. Es scheint jedoch, daß man sich an die Schöpfungen der Herren Pereire nicht wagte. Der „Tempo“ und die „Opinion nationale“ mahnen zur Ruhe und Mäßigung, damit die Arbeitsfreiheit nicht compromittiert werde. Die Regierung selbst hat große Vorsichtsmaßregeln ergriffen. Alle Truppen sind in den Kasernen konzentriert, und die Polizei in Unmasse auf den Beinen. Die Aufrégung, welche diese ganze Angelegenheit hervorgerufen, wird sich wohl ohne weitere Folgen legen, aber man wird auch nicht vergessen, daß die Regierung dem allgemeinen Wunsche in Betreff der Abschaffung des Monopols nicht entsprechen konnte oder wollte. Sie stellt sich nach wie vor auf den Standpunkt des Coalitionsgezes, das ihr nur in gewissen Fällen ein Einschreiten gestatte, indem sie dabei, natürlich abstößlich, ganz außer Acht läßt, daß die „Arbeiter“ diesesmal ein Monopol vor sich haben. Eine Note der „Patrie“, die bisher gegen das Monopol der Gesellschaft aufgetreten war, giebt zu verstehen, daß man sich seitens der Regierung auf ernste Maßregeln gefaßt machen kann. Die Aufrégung ist zwar immer noch groß, aber die Demonstrationen und Zusammenrottungen werden viel weniger häufig. Die Compagnie impériale hat bis jetzt 1525 Kutscher gefunden, die jedoch

